



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 88 8 890

P/XV/154 - 11. Juli 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Sturmzentren der Weltpolitik</u> Vor einem unruhigen Sommer	51
2	<u>Politischer Sprengstoff: Polaris</u> Die NATO vor schwerwiegenden Entscheidungen	46
3 - 4	<u>Polnische Minister-Kolchese</u> Sie hat nur zwei Mitglieder	69
5 - 6	<u>Die neue Fassade der DRP</u> Wechsel in der Führung - Politische Spintisieren	70
7	<u>Mars Jahn +</u> Zum Tode des langjährigen Vorsitzenden der "Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands"	45

11. Juli 1960

Sturmzentren der Weltpolitik

Der. An die Geduld, Weitsicht und Visionskraft der Staatsmänner - und nicht nur der Staatsmänner - dürften in den kommenden Wochen und Monaten die grössten Anforderungen gestellt werden. Wir gehen einem stürmischen Sommer entgegen, der in eine ohnehin unruhige, vor Ängsten gepönte Welt noch mehr Unruhe und Unsicherheit hineinbringen wird. Die Folgen des Pariser Fehlschlags sind weitreichender als man noch vor Monaten ahnen und vermuten konnte.

Die Welt erlebt das Wiederaufflammen des Kalten Krieges, er greift im Fall Kuba zum ersten Male direkt in die westliche Hemisphäre über, begleitet mit wilden Drohungen Nikita Chruschtschows. Wie weit ist die Ankündigung Chruschtschows, die Vereinigten Staaten mit Raketen zu belagern, falls sie in Kuba militärisch intervenieren sollten, ernst zu nehmen? Bisher hat er sich einer solchen provozierenden Sprache nur gegenüber Grossbritannien und Frankreich während ihres sinnlosen und törichtigen Suezabenteuers bedient; damals wichen diese beiden Länder, freilich dazu angeraten von den Vereinigten Staaten, zurück. Es ist keine amerikanische Regierung denkbar, wie auch immer nach den Präsidentschaftswahlen zusammengesetzt, die es dulden könnte, dass vor den Toren Floridas und Washingtons gegen sie gerichtete sowjetische Raketenstellungen errichtet werden und damit Kuba in einen militärischen Stützpunkt der Sowjetunion umwandeln. Hier stehen das Prestige, die Macht und das Ansehen der USA auf dem Spiele, Faktoren, die schwer wiegen. Will Chruschtschow nach Dulles'schem Rezept eine Politik hart am Rande des Krieges führen, will er die mächtigen USA bis zum Äussersten reizen?

Fast über Nacht ist der Kongo nach wenigen Tagen proklamierter Unabhängigkeit zum zweiten Unruheherd erster Grössenordnung geworden. Die Entwicklung in Afrika insgesamt schlägt ein atemberaubendes Tempo ein und Kräfte kommen zum Vorschein, deren dynamische Macht, Zielrichtung und Stosskraft sich jeder berechnenden Vorausschau entziehen. Ein besonderes Kennzeichen dieser Entwicklung ist die damit verbundene Abkantung Europas als einstigen Herrn und Meisters dieses Kontinents. Noch sind die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion nicht zum offenen Ringkampf um Einfluss bei den afrikanischen Völkern einander entgegengetreten, aber die Zeit ist wohl nicht mehr allzu fern, da sich Moskau eine Beschützerrolle in diesem Teil der Erde anmassen wird. Der afrikanische Schauplatz mit seinen Möglichkeiten nimmt in der weltumfassenden Strategie Moskaus nicht den letzten Platz ein. Wieder stellt sich die Frage, ob der Westen insgesamt auch geistig gerüstet ist, diesen Gefahren zu begegnen.

Das Auftreten des sowjetischen Ministerpräsidenten in Österreich brachte uns Deutschen wieder in Erinnerung, dass das freie Berlin mitten in der Schusslinie der sowjetrussischen Deutschlandpolitik steht und dass es für alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik im Verband mit den Verbündeten in Westen gilt, zu erwartende sowjetische Vorettöse so abzuwehren, dass ihnen die Wirkung verlohrengeht.

Kuba, Afrika, Berlin, - drei Sturmzentren der Weltpolitik, sie halten die Welt in Spannung und lassen keine Sommerfreuden aufkommen. Wohl noch keine Generation stand vor solchen Ängsten wie die gegenwärtige - man wird sich mit guten Nerven wappnen müssen, um von Rande des Krieges hinweg zu ruhigeren Gefilden zu kommen.

Politischer Sprengstoff: Polaris

mu. - Es ist nicht schwer, vorauszusagen, daß es unter den NATO-Partnern jetzt zu einer Diskussion über die Frage kommen wird, ob denn in Westeuropa Polaris-Raketen stationiert werden sollen. Der amerikanische Verteidigungsminister Gates hat in der letzter NATO-Ministerkonferenz der europäischen NATO-Staaten die Polaris-Rakete angeboten. Es liegt jetzt bei dem NATO-Rat, dieses Angebot zu überprüfen.

Bei der Polaris-Rakete handelt es sich um eine "Boden-Boden-Rakete" mit einer Reichweite von mindestens 2 400 Kilometern. Es ist also eine Mittelstrecken-Rakete, die mit defensivem Charakter nichts zu tun hat. Im Gegensatz zu den verschiedenen Nike-Raketen, die der Luftabwehr und damit der Verteidigung dienen, ist die Polaris-Rakete zum Abschluß von fahrbaren Rampen vor allem von Unterseebooten entwickelt worden. Die Polaris-Rakete kann große Atomsprenghöpfe tragen. Sie wird mit einer Feststoffrakete angetrieben.

In welchen Bereichen sich die Diskussion jetzt in der NATO bewegen dürfte, läßt sich leicht an Skandinavien ablesen. Dänemark und Norwegen haben um ihre Hauptstädte Boden-Luft-Raketen vom Typ Nike und Nike-Ajax stationiert. Sie halten diese defensiven Luftabwehr-Raketen zum Schutz ihrer Städte für notwendig. Sie lehnen es jedoch ab, die kleinen Atomsprenghöpfe, welche die Nike-Ajax tragen könnte, auf ihrem Territorium zu lagern.

Dagegenüber hat Bundesverteidigungsminister Strauß, wie aus einer Äußerung in Schleswig hervorgeht, seine Bereitschaft erklärt, die Atomsprenghöpfe für die Nike-Ajax im Bundesgebiet zu lagern. Das soll jedoch in Depots geschehen, die unter strenger amerikanischer Kontrolle stehen.

Tatsächlich ist es aber schon aus militärischer Sicht riskant, etwa in einem Streifen von 200 Kilometern entlang der Zonengrenze oder der Grenze des Sowjetblocks Atomsprenghöpfe in Depots aufzubewahren. Das gilt noch viel stärker bei den großen Sprengköpfen für die Polaris-Rakete, die ja 2 400 Kilometer weit reicht und wo dann eine Entfernung von 200 Kilometern unwichtig ist.

Da die Polaris-Raketen vor allem von Seefahrzeugen oder von Eisenbahnwaggons als Rampen abgeschossen werden können, somit also die volle Beweglichkeit im Ernstfall garantiert ist, ist es aus militärischer Sicht auch völlig unnötig, derartige "Angriffsraketen" im Bundesgebiet zu stationieren. Ja, es ist sogar von strategischen Überlegungen her besser, diese Geschosse weit im Hinterland zu lassen.

Man muß sich auch über die politischen Konsequenzen einer Stationierung der Polaris-Raketen im klaren sein. Ein Staat, der auf seinem Boden etwa drahtgelenkte Panzerabwehrraketen oder flüssigkeitsangetriebene Luftabwehrraketen stationiert, kann niemals als "Angreifer" beschuldigt werden. Diese Sicht ändert sich aber bei der Aufnahme von Polaris-Raketen. Es ist bereits die Frage, ob sich die Stationierung der Polaris-Rakete in Westeuropa mit der Präambel der NATO-Satzung in Übereinstimmung bringen läßt, die ja eindeutig den defensiven Charakter der Verteidigungsgemeinschaft zum Ausdruck bringt.

Polnische Miniatur-Kolchose

rh. "Trybuna Ludu", das Zentraleorgan der polnischen kommunistischen Partei, hat die Öffentlichkeit in Polen mit der Meldung überrascht, dass es in der Ortschaft Borki in der Wojwodschaft Krakau eine Kolchose gibt, die nur zwei Mitglieder hat. Die Zeitung nennt diese Kolchose als ein Beispiel für zahlreiche andere "landwirtschaftliche Genossenschaften", die nur dem Namen nach und wegen der Vorteile bestehen, die sie ihren Mitgliedern bieten. Die Mitglieder von Kolchosen zahlen in Polen um etwa 50 Prozent weniger Steuern als die selbständigen Landwirte, sie werden bei der Lieferung von Baumaterial bevorzugt, erhalten Baukredite zu überaus günstigen Bedingungen und genießen schließlich bei den Ablieferungen bestimmte Vorteile.

Das Warschauer Regime hat es bekanntlich im Herbst 1956 den Bauern anheimgestellt, ob sie die Kolchosen aufrechterhalten oder zur selbständigen Bewirtschaftung des Bodens zurückkehren wollten. Über Nacht lösten sich damals fast alle Kolchosen in Polen selber auf und dem Regime blieb nichts anderes übrig, als diesen revolutionären Vorgang zu sanktionieren und den wieder selbständig gewordenen Bauern durch verschiedene Massnahmen zu Hilfe zu kommen. Um aber das Gesicht zu wahren, wurde kurz darauf eine Aktion gestartet, mit der man die Bauern davon überzeugen wollte, dass die Zusammenarbeit in Kolchosen nur Vorteile mit sich bringe und dass der Staat und die Gesellschaft bereit seien, derartige "fortschrittliche" Bauern auch zu unterstützen. Den Mitgliedern sich neu bildender Kolchosen wurden die genannten Vorteile eingeräumt, wobei die Zuteilung von Baumaterial besonders wichtig ist, weil man es in Polen schwer erhält und weil andererseits der Neubau von Gehöften und landwirtschaftlichen Gebäuden sowie auch deren Reparatur in vielen Gebieten eine der dringlichsten Aufgaben geworden ist.

Im vergangenen Jahr wurden in Polen 245 neue Kolchosen gegründet, aber 151 alte aufgelöst. Das ist die Kehrseite der Medaille der staatlichen Kolchosenförderung. Neben der Miniatur-Kolchose in Borki, wohl der kleinsten kommunistischen Kolchose der Welt, hat "Trybuna Ludu" im Gebiet von Posen eine Kolchose entdeckt, deren Mitglieder in

11. Juli 1960

verschiedenen Dörfern leben und gar nicht in der Lage sind, ihren Bodenbesitz zu vereinigen und gemeinsam zu bearbeiten. Das war auch nicht der Zweck der Gründung dieser Kolchose, die anstandslos von den zuständigen Instanzen und den Propagandastellen als "Neugründung" registriert wurde. Ihre Mitglieder hatten es genau so nur auf die den Kolchosbauern gewährten Privilegien abgesehen wie die Mitglieder anderer "Kolchosen" in den Ostseegebieten, die billigere Kredite zum Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen haben wollten.

Besonders erschüttert ist das Warschauer Regime darüber, dass die Mitglieder derartiger Schein-Kolchosen wieder auseinandergehen und die Kolchose "abzweigen", sobald sie Baumaterial oder billige Kredite erhalten haben und die notwendigen Gebäude unter Einsatz von zugewiesenen Arbeitskräften fertiggestellt wurden. Man will jetzt untersuchen, ob es nach dem Muster der Zweck-Kolchose im Gebiet von Posen nicht auch anderswo "Kolchosbauern" gibt, die gleichzeitig einigen Kolchosen angehören und so versuchen, die möglichen Vorteile "in Raten" zu erhalten. Empört stellte "Trybuna Ludu" fest, dass solche Entschlüsse natürlich für die Errichtung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften "keine Ehre" seien und dass es keinen anderen Ausweg gebe, als solche fiktiven Kolchosen aufzulösen.

Damit aber dürfte der seit Jahren vermiedene Zustand erreicht werden, dass mehr Kolchosen aufgelöst werden, als neue gegründet werden können. Als Ausweg will man versuchen, in der Nähe der Städte Produktionsgenossenschaften der Gemüse- und Obstbauern zu gründen und entsprechend stärker zu fördern, weil man dabei durch "Patenschaften" der Betriebe in den Städten diese Gemüse- und Obst-Kolchosen nicht nur besser unter Kontrolle halten, sondern ihnen auch beim Anbau und während der Erntezeiten durch freiwillige Brigaden zu Hilfe kommen kann. Im übrigen jedoch zeigt die vom Warschauer Regime gerade in den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten besonders intensiv betriebene Kolchosen-Aktion eine genau so geringe Wirkung wie in den kongresspolnischen Landesteilen. In Pommern, Ostpreussen und in Niederschlesien hat man viele polnische Repatrianten aus den heute sowjetischen Ostpolnischen Gebieten eingesetzt. Und diese ostpolnischen Bauern denken nicht daran, wieder in eine Kolchose einzutreten, der sie durch ihre Umsiedlung gerade erst entronnen sind. Darüber hinaus vermitteln sie ihre "sowjetischen Erfahrungen" ihren Nachbarn, bei denen sie willige Oaren finden.

Die neue Fassade der DRP

C.I.C. - Nach den Hildesheimer Tagen vom 8. bis 10. Juli steht die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Reaktion - was für Deutschland nicht von ungefähr immer eine nur im Graduellen abweichende Gegenüberstellung von Links und Rechts war - pari. Am Freitag hatten 5 000 Gewerkschaftler, vorwiegend aus dem sozialistischen Lager, aber auch Mitglieder der CDU, eine Reihe von Veranstaltungen der Deutschen Reichspartei gesprengt. Am Sonnabend hatte Waffencruke geherrscht. Und am Sonntag wurden 500 Gewerkschaftler von rund 500 niedersächsischen Polizeibeamten mühsam genug davon abgehalten, auch die Abschlußkundgebung der DRP zu sprengen. Die Rechte hatte gesiegt, freilich nicht aus eigener Kraft, sondern unter dem Schutz der demokratischen Polizei. Die bereitgestellten Wasserwerfer und die zurechtgelegten Tränengasbomben konnten Montagmorgen wieder verwahrt werden.

Nahezu sieben Jahre lang hatte sich die Deutsche Reichspartei eines beschaulichen und zurückgezogenen Daseins im selbstverfertigten Schmollwinkel Westdeutschlands erfreut, das nur dann und wann durch mahnende Veröffentlichungen einiger Journalisten unterbrochen wurde, die vor den Anfängen warnte. Erst die Vorgänge der Kölner Weihnachtsnacht brachten der DRP die Öffentlichkeit, die sie so sehr brauchte. In Bonn konnte sie eine internationale Pressekonferenz abhalten, die erhebliches Echo im In- und Ausland hatte. Es stand auf Spitz und Knopf, ob die DRP als Nachfolgeorganisation der SRP durch das Bundesverfassungsgericht anerkannt würde oder nicht. Das hätte das Verbot bedeutet. Mit nicht abzustreitendem Geschick überstanden die Rechteradikalen diese Phase. Man distanzierte sich von den Kölner Schmierereien, beteuerte seine demokratische Einstellung und gab sich prosematisch. "Wir haben sogar Juden in der Partei".

Der siebte Parteitag in Hildesheim schloß diese Phase vorläufig ab. Es traf sich günstig, daß der Parteivorsitzende Meinberg, von dem es häßliche Fotos in SS-Uniform gibt, einen Gesundheitszustand hat, der ihm ein so aufreibendes Amt nicht länger geraten erscheinen läßt. Der nazistische Ex-Staatsrat Meinberg trat ab. Gleich ihm verschwand der stellvertretende Vorsitzende, der enge Verwandte des in Spandau sitzenden stellvertretenden NSDAP-Vorsitzenden Hess, Neffe Otto Hess. Auch "Bubi" von Thadden, dem man nazistische Tendenzen nachsagte, verschwand in Hildesheim in die "Parteileitung", lehnte aber eine Vorsitzenden-Kandidatur ab.

11. Juli 1960

So war der Weg frei für ein Dreiergespann, das die neue Fassade der Deutschen Reichspartei darstellt, die von ihr unangreifbar gewähnt wird. Vorsitzender ist ein Hamburger Arzt, Prof. Kunstmann, dem auch in einer Zeit politischer Beleidigungsprozesse attestiert werden darf, daß er ein politisierender Spintisierer ist. Der zweite Vorsitzende ist ein baltischer Dr. Lohs, Volkstumsmann und darin bekannt, lediglich "ehrenhalber" Ehrenführer der SS gewesen zu sein. Und der dritte Vorsitzende wiederum, ein Herr Gebhardt, stammt aus dem ehemaligen Zentrum, ließ zu Packelzugzeiten im Januar 1933 noch als widerständlerischer Jungkatholik herum und entschloß sich erst später, "zwecks Zelten und Wanderei" der Segelflieger-HJ beizutreten. Freilich widerfuhr ihm nach 1945 das Mißgeschick, für einige Monate einen SRP-Landesverband kommissarisch zu leiten, ehe dieser liquidiert wurde.

Von den drei neuen Vorsitzenden haben die Ideologen und Manager der DRP, als die der clevere Adolf von Thadden und der seinen Verwandten zu Spandau unverkenbar gleichende Otto Hess gelten, nichts zu befürchten. Das verworrene geschichtsphilosophische Gewäsch, das der neue Parteivorsitzende von sich gab, ist weder verfassungsfeindlich noch sonstwie aufregend und publikumswirksam neutral. Die inzwischen auf nahezu 20 000 Mann angewachsene Mitgliedschaft der DRP, die außenpolitisch einen neutralistischen Kurs steuert, innenpolitisch aus den Programmen der CDU und SPD die fettesten Brocken adoptierte, horchen eher auf von Thadden, dessen schnoddrige, jedoch nicht ungewinnende Art der DRP 1961 in den Bundestag verhelfen soll. Der offensichtliche Zerfall der Rechtspartei DP und der Ungewissheitspartei BHE soll die nötigen Stimmen bringen. Vor allem aber hat die DRP inzwischen eine Organisation stehen, die sicherlich straffer ist als etwa jene der CDU. Es mangelt ihr nur noch an nötigem Kleingeld. Den CDU-Besitzbürgern hat man den Kampf angesagt, aber die Sozialdemokraten kommen auch nicht besser davon. Gegen die Gewerkschaften will man wegen der Hildesheimer Verfälle prozessieren. Und schließlich verfiel man auf den pikanten Einfall, sich keine eigene Parteijugend zuzulegen, sondern durch DRP-Mitglieder Gruppen und Gruppierungen leiten zu lassen. "Wir werden uns durchsetzen", sagen die Leute, denen es vor Jahren noch nicht unangenehm war, Neonazis geschimpft zu werden. Heute wollen sie jeden verklagen, der so etwas nur glaubt.

+ + +

Hans Jahn †

sp - Wieder ist einer von den großen Alten der freien deutschen Arbeiterbewegung von uns gegangen. Hans Jahn, der langjährige Vorsitzende der "Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands" und Präsident der "Internationalen Transportarbeiter-Föderation", starb am vergangenen Sonntag im Alter von fast 75 Jahren.

Hans Jahn war einer von den Männern, die sofort nach dem Zusammenbruch 1945 ihre großen Erfahrungen einsetzten und mit Umsicht und Tatkraft das Werk des Wiederaufbaues begannen. Zusammen mit seinen Freunden aus der Eisenbahner-Gewerkschaft, mit denen er auch in der Illegalität während der Hitlerzeit engste Kontakte aufrechterhalten hatte, baute Hans Jahn die zerstörten Verkehrsverbindungen wieder auf. Der kleine, fast unscheinbare Mann war in jenen Jahren überall dort zu sehen, wo es galt, die Grundlagen für das Wiedererstehen der Verkehrsbetriebe zu schaffen. Da Hans Jahn auch in der internationalen Gewerkschaftsbewegung ein großes Ansehen genoß, konnte er - oft im Gegensatz zur Politik der Besatzungsmächte - mit Hilfe seiner Freunde aus der Internationalen Transportarbeiter-Föderation Mißverständnisse beseitigen und jene große Leistung vollbringen, die - von der Öffentlichkeit kaum bemerkt - der erste Akt des späteren "Wirtschaftswunders" war: die Inbetriebnahme des damals fast völlig daniederliegenden deutschen Eisenbahnverkehrs.

Im Jahre 1954 ehrte der erste Bundespräsident, Prof. Heuß, Hans Jahn für seine Verdienste um das deutsche Volk durch die Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern.

Hans Jahn ist trotz der Anerkennung, die ihm in der ganzen Welt zuteilgeworden ist, stets ein bescheidener Mann geblieben. In Hartha (Sachsen) geboren, erlernte er zunächst das Schmiedehandwerk und wurde später Heizer und schließlich Lokführer bei der Reichsbahn. Als er im Jahre 1927 in den Vorstand des "Verbandes der Eisenbahner Deutschlands" gewählt wurde, nannte man ihn bei den Eisenbahnerkollegen schon überall "unser Hans". Nach der Machtergreifung durch Hitler versuchte Hans Jahn, die Eisenbahnerorganisation illegal fortzuführen, wurde jedoch mehrmals verhaftet und konnte 1935 schließlich ins Ausland fliehen. Dort widmete er sich vornehmlich dem Studium der freien internationalen Arbeiterbewegung, weil er wußte, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes engste Kontakte mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung brauchte. Seine Vorstellungen waren richtig, denn gerade die Vorbereitung auf die Jahre nach dem Zusammenbruch gab ihm das Wissen und die Kraft für den Wiederaufbau.

Hans Jahn war seit seiner frühesten Jugend Sozialdemokrat. Er wurde 1949 in den ersten Deutschen Bundestag gewählt, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Um ihn trauern nicht nur seine Freunde in der Sozialdemokratischen Partei und in der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch viele Menschen, besonders seine Berufskollegen, denen er stets mit Rat und Tat zur Seite stand.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschoffel